

Städtischer Haushalt für Anfänger/innen

Von Klaus-Rainer Willeke (26.11.2021)

Im städtischen Haushalt geht's um mehr als nur um Zahlen!

Aktuell beraten der Rat, die Ausschüsse und die Fraktionen mit Unterstützung der Verwaltung den Haushaltsentwurf für die nächsten 2 Jahre – den Doppelhaushalt 2022/23. Rund 76 Mio € Ausgaben und Einnahmen pro Jahr stehen zur Disposition. Was soll wofür ausgegeben werden? Wie und welche Einnahmen soll und kann die Stadt generieren? Welche Schwerpunkte und neuen Akzente müssen gesetzt werden? Hochwasserschutz, Feuerwehr, Klimaschutz, Schul- und Kindergartengebäude, Jugendarbeit, Radwegbau..... Die Liste der Dinge, die durch einen verabschiedeten Haushalt gefördert, verlangsamt, durchgeführt werden können ist unglaublich lang. Der Haushaltsentwurf enthält über 700 eng bedruckte Seiten. Keine leichte Aufgabe für alle beteiligten Gruppierungen: die Rats- & Ausschussmitglieder, die Fraktionen und selbstverständlich, die, die den Haushaltsentwurf als großes Gemeinschaftswerk erstellt haben.

Der verabschiedete und genehmigte Haushalt ist fast ein Gesetz

Er legt fest, wieviel Geld die Stadtverwaltung für bestimmte Aufgaben ausgeben kann. Dagegen darf nicht verstoßen werden – sollten unvorhersehbare Ereignisse eintreten (z.B. wenn der Bau eines Gebäudes teurer wird als geplant), dann gibt es feste Regeln, nach denen vorgegangen werden muss. Über die Einhaltung des „Gesetzes“ wacht nicht nur die Kämmerin (sie ist die Finanz-Verantwortliche in der in der Verwaltung) sondern auch die Kommunalaufsicht. Auch eine Stadtverwaltung wird „von oben“ kontrolliert.

Welche Entscheidungsspielräume hat der Rat?

Ein Großteil der Ausgaben und Einnahmen ist kaum zu diskutieren. Da geht es Dinge, die gemacht und bezahlt werden müssen. Das sind die sog. „Pflichtaufgaben“ einer Stadt. Dazu gehören die Kosten für die Schulen und Kindergärten, die Sicherung vieler Verkehrswege, das Jugendamt, die Unterhaltung eines Standesamtes, der Brandschutz und vieles mehr. Da kann im Einzelnen über die Höhe diskutiert werden – nicht aber, ob diese Aufgabe wahrgenommen werden soll.

Auch die Personalkosten sind ziemlich fix, da die Stadt tarifgebunden ist und somit tariflich festgelegte Gehälter und Beamtenbesoldungen bezahlen muss. Auch die Anzahl der Mitarbeiter/innen bestimmter „Abteilungen“ (z.B. pro Kindergartengruppe) ist oft gesetzlich geregelt.

Also hat der Stadtrat keine Entscheidungs-Spielräume?

Doch, die hat er. Diese steigen mit den Einnahmen einer Stadt und dann, wenn sie sich mehr „leisten“ kann als die Erfüllung der Pflichtaufgaben. Deshalb ist es wichtig, sinnvoll zu wirtschaften, um Spielräume zu erweitern. Deshalb ist es außerdem sinnvoll, sich um Fördergelder des Landes NRW oder der Bundesregierung zu bemühen, da eine Stadt sich dadurch Dinge leisten kann (z.B. im Sportstättenbau, oder bei der Neuanlage von Radwegen), die sie sich ansonsten kaum oder gar nicht leisten kann.

Insgesamt gibt es für die Ratsmitglieder und den Rat durchaus die Möglichkeit, Akzente zu setzen. Deshalb ist dem aktuellen Haushaltsentwurf eine Liste mit wichtigen Zielvorstellungen für unsere Stadt vorangestellt. Das setzt die Ratsmitglieder in die Lage zu

überprüfen, ob der Haushaltsentwurf diesen inhaltlichen Zielstellungen tatsächlich entspricht – oder eben nicht. Die Liste dieser Ziele befindet sich am Ende dieses Textes.

Das Problem mit der schwarzen Null

Die Stadt Sundern verfügt über keine Ausgleichsrücklage. Diese ist seit vielen Jahren aufgebraucht. Das bedeutet, dass kein Haushalt verabschiedet werden kann, der im Ergebnis ein Defizit ausweist. Der aktuelle Haushalt wurde ziemlich genau plus/minus Null vorgelegt. Außerdem ist ja auch nicht klar, ob alle erwarteten Einnahmen, z.B. aus der Gewerbesteuer, wirklich eingenommen werden können. Falls es der Wirtschaft nicht gut geht kommt die Gewerbesteuer eben nicht rein. Das bedeutet, dass alle zusätzlichen gewünschten Ausgaben irgendwie kompensiert werden müssen. Das geschieht entweder dadurch, dass andere Ausgaben nicht getätigt werden können oder Mehreinnahmen verlässlich eingeplant werden müssen. Das ginge z.B. durch höhere Steuern oder über Fördergelder.

Nun kann man sich leicht vorstellen, dass diese Situation zu intensiven Diskussionen im Rat führt, da unterschiedliche Fraktionen unterschiedliche Vorstellungen davon haben, wofür Mittel eingeplant werden sollten.

Was fällt am aktuellen Haushaltsentwurf auf?

- Es handelt sich um einen Doppelhaushalt – für zwei Jahre. Dadurch soll Planungssicherheit entstehen. Außerdem brauchen wir dann im kommenden Jahr nicht schon wieder Haushaltsberatungen, sondern können im Rat andere, drängende Themen bearbeiten.
- Im Pflichtbereich „Kinderbetreuung und Jugendhilfe“ steigen die Aufwendungen um 1,6 Mio € (z.B. neuer Kindergarten) gegenüber dem Vorjahr.
- Die Folgen des Klimawandels (Hochwasser etc) führen dazu, dass die damit befassten Abteilungen (Feuerwehr, Technische Dienste) personell und technisch gut ausgestattet sein müssen. Viele Schäden an Ufern, Brücken und Gebäuden müssen immer noch behoben werden.
- Das sind nur einige wenige Punkte, die dazu führen, dass ich vorschlage, die Grundsteuer A zu erhöhen. Sie soll erstmalig seit 2016 steigen. Ursächlich dafür ist, dass wir mehr und neue Aufgaben und damit mehr Kosten im Bereich der „Daseinsvorsorge“ haben, die wir sonst nicht bewältigt bekommen.
- Außerdem möchte ich endlich die Kommunikation der Stadtverwaltung mit den Bürgerinnen und Bürgern und umgekehrt professionalisieren. Da es dafür aktuell keinerlei personelle Ressource gibt, entstehen neue Personalkosten für eine 0,75 Stelle.

Was passiert in diesen Wochen genau?

Vor knapp zwei Wochen wurde der Haushaltsentwurf allen Ratsmitgliedern in Form eines dicken Ordners zur Verfügung gestellt. Dieser Entwurf wird nun in den Fraktionen und in den verschiedenen Ausschüssen diskutiert. Da sich der Sinn aller Zahlen nicht immer unbedingt sofort erschließt, beraten die Fachbereichsleiter und die Kämmerin sowie die Fraktionen und Ausschüsse.

In den Ausschüssen (die verschiedene Schwerpunkte bearbeiten) werden nun Anträge zum Haushalt beraten und je nach Mehrheiten verabschiedet. Bis Mitte Dezember werden so eine Reihe von Anträgen verabschiedet oder gestellt, die dann im Haupt- und Finanzausschuss entschieden werden.

Daraus entsteht dann der Gesamthaushalt, über den dann im Januar 2022 im Rat entschieden wird. Da haben dann die Fraktionen die Gelegenheit und das Recht, ihre grundsätzlichen Positionen zu verdeutlichen – in den sog. Haushaltsreden. Nach der Beschlussfassung wird der Haushalt von der Kommunalaufsicht des HSK geprüft, bestenfalls freigegeben und die Haushaltssatzung veröffentlicht. Danach ist er dann die Grundlage für die Arbeit der Verwaltung.
[Hier](#) finden Sie mein Anschreiben, welches ich den Adressaten bei der Einbringung des Haushaltes mitgeschickt habe. Wer einen Blick in den Haushaltsentwurf werfen möchte, findet das gesamte Werk [hier](#).



Und hier nun die von mir formulierten Leitziele des Doppelhaushalts 2022/23.

I. Langfristige strategische Ziele für unsere Stadt

1. Die Schaffung eines Wir-Gefühls als gemeinsame Stadtgesellschaft; die Stärkung der Identität Sunderns und der gegenseitigen Wertschätzung!
2. Die Entwicklung Sunderns zu einer modernen, zukunftsgerichteten, nachhaltig agierenden Stadt für Jung und Alt!
3. Rat und Verwaltung arbeiten vertrauensvoll und effizient zusammen; die Stadtverwaltung ist leistungsfähig, bürgerorientiert, modern organisiert und digital gut aufgestellt.

II. Handlungsfelder

Klimaschutz, Digitalisierung, neue Mobilität, Inklusion sowie Bürgerbeteiligung sind Querschnittsaufgaben, die in alle Handlungsfeldern zu berücksichtigen sind.

1. **Ziel ist ein klimaneutrales Sundern.** Der gesamte Energiebedarf für die Stromversorgung, den Verkehr und die Wärmeversorgung soll bilanziell fossilfrei durch erneuerbare Energiequellen möglichst bis 2030 gedeckt werden.
2. Die Stadt Sundern setzt geeignete Maßnahmen zur **Bewältigung der Folgen des Klimawandels** (Starkregen, Waldsterben u.a.) um.
3. Die Schaffung von **Plattformen wertschätzender Kommunikation** der Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Institutionen und Unternehmen.
4. Den **Stadtkern und die Ortsteile Sunderns** generationen- und familienorientiert weiterentwickeln und den Bereich der Daseinsvorsorge (Rettungsdienste, ärztliche Versorgung) ausbauen.
5. Die **Mobilität** in unserer ländlichen Region neu denken und organisieren.
6. Die Zukunftsfähigkeit des **Wirtschaftsstandorts** sichern und seine Attraktivität durch moderne Arbeitsplätze steigern.
7. Verbesserung der Wirtschaftsförderung und des Stadtmarketings durch eine **Neuausrichtung der städtischen Gesellschaften.**
8. **Den gesellschaftlichen, technologischen und wirtschaftlichen Wandel** erfolgreich und nachhaltig gestalten, die öffentliche Infrastruktur modernisieren, natürliche Umwelt erhalten.
9. Die Gebäude der **Bildungseinrichtungen und die Sportsstätten** sanieren und modernisieren.
10. Ein **Zentrum für Kultur und Begegnung** schaffen.
11. **Ehrenamtliches Engagement** fördern und neue Anreize setzen.
12. Die Voraussetzung für eine „**Jugendarbeit unter einem Dach**“ realisieren.
13. Die Leistungsfähigkeit und die Zusammenarbeit der **demokratischen Gremien und der Verwaltung** (Personal- und Sachausstattung, Infrastruktur) verbessern.

(Die Nummerierung entspricht nicht einer abgestimmten Priorisierung)